Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31502
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger
Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte

Bank-Konto: Allg. Deutsche Credit-Anstalt, Blasewitz
Postscheck-Konto: Nr. 512 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-A.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich: Eugen Werner Dresden.

Erscheint täglich mit der Beilage „Agrar-Warte" und kinstl. Kur- und Fremdenliste. Der Bezugspreis wird jeweils am Wochenschluß bekanntgegeben; bei den Postanstalten 8500 mal Schlüsselzahl. Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bezw. Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Freital. Bei unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgegeben werden, kann eine Garantie bez. der Richtigkeit nicht übernommen werden.

Anzeigen werden die 8gespalt. Petit-Zeile mit Grundzahl 100 mal Schlüsselzahl berechnet, Reklamen die 4gespalt. Zeile mit Grundzahl 300 mal Schlüsselzahl. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften u. schwierigem Satzarten werden m. 50% Aufschlag berechnet. Schluß d. Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen d. Anzeigen an bestimmt. Tagen oder Plätzen, sow. für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: bei verspäteter Zahlung, Klage oder Konkurs des Auftraggebers.

Nr. 263 — Blasewitz, Montag, 12. November 1923 — 85. Jahrgang.

Nach der Münchner Hitler-Ludendorfferei.

Die Lage in München.

München, 11. Nov. Hier herrschte heute auf den Straßen reges Leben. Die innere Stadt ist durch starke Posten abgesperrt. Sicherheitsmaßnahmen sind auch sonst getroffen. Irgendwelche Zwischenfälle scheinen sich bis zum Anfange der Abendstunden nicht ereignet zu haben.

München, 11. Nov. Im Laufe des gestrigen Nachmittags kam es in verschiedenen Teilen der Stadt zu größeren Menschenansammlungen, insbesondere am Karlsplatz in der Nähe des Bahnhofes. Berittene Polizei, die wiederholt zur Zerstreuung der Massen angesetzt wurde, wurde von diesen mit Johlen und Pfeifen empfangen. Trotz des Verbotes hatten sich in der Aula der Universität einige hundert Studenten zu einer Protestkundgebung gegen Kahr versammelt. Sie versuchten einen Demonstrationszug zu bilden, wurden jedoch bald zerstreut. — Die Beerdigung der Opfer soll am Montag stattfinden.

Kahrs Verteidigung.

München, 10. Nov. Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr hat heute mittag die Vertreter der Münchner und der auswärtigen Presse zu sich gebeten, um ihnen volle Aufklärung über die Vorgänge der letzten Tage zu geben. Dabei erklärte Dr. v. Kahr u. a., er habe zwei Tage vor der Versammlung im Bürgerbräukeller, die durch Hitlers Ueberfall gestört wurde, eine eingehende vertrauensvolle Aussprache mit allen Vertretern und Führern der bayrischen Vaterländischen Verbände gehabt, bei der auch Hitler und der militärische Führer des Kampfbundes anwesend waren. In dieser Unterredung sei den Herren, die alle „unerhörte Pläne" verfolgten, in aller Deutlichkeit die Nüchternheit der Lage dargelegt und mit ihnen auch über die gemeinsamen großen Endziele nationaler Art gesprochen worden. Er (Kahr) habe dabei über die Lage außerhalb Bayerns keinen Zweifel gelassen, auch nicht darüber, daß es nur Geduldung und Unterordnung gebe, nur Geduldsam, gerade wenn ein gemeinsames großes nationales Ziel erreicht werden solle. Er habe den Herren in aller Deutlichkeit erklärt, daß es

ein Verbrechen

wäre, wenn Reichswehr und Polizeiwehr in die Notwendigkeit versetzt würden, bei Auflehnung gegen die Staatsautorität gegen Vaterländische Verbände mit der Waffe vorzugehen. Ueber allem müsse das Staatsinteresse und der Staat stehen.

Er (Kahr) könne nur sagen: An dem Augenblick, als Hitler an der Spitze seiner bewaffneten Mannschaft in den Bürgerbräukeller eindrangen, habe er nur das eine Gefühl gehabt, daß nun all das, was für das gemeinsame große deutsche nationale Ziel vorbereitet und geschaffen war, vollständig zerschlagen werde. Dieser bewaffnete Ueberfall sei

ein Banditenstreich

gegen eine Versammlung gewesen, die zu einer nationalen Kundgebung zusammengetreten war, und zwar ohne besondere Sicherheitsmaßnahmen. Die Gesinnungen Hitlers und seiner Bewaffneten hätten auf ihn, Lossow und Seisser keinen Eindruck machen können. Er und die Genannten hätten nun unter dem unerhörten Druck der Verantwortung, der Verantwortung nicht nur für Bayern, sondern auch gegenüber den großen Interessen Deutschlands gestanden. Demgegenüber hätte

die Pistolenkomödie

ihn, Lossow und Seisser nicht einschüchtern können. Aber die Sorge um die katastrophalen Folgen, mit denen zu rechnen war, habe ihn auf das tiefste bewegt. Er habe dies, ebenso wie die anderen Herren, auch Hitler gegenüber zum Ausdruck gebracht. Es sei ihnen völlig klar gewesen, daß die von Hitler und Ludendorff unter Mitwirkung von Pöhner eingeleitete Bewegung in wenigen Tagen vollständig in sich zusammenbrechen müßte, politisch und wirtschaftlich. Unter diesem schweren Druck vaterländischer Verantwortung hätten Lossow, Seisser und er in der gegebenen Situation sofort ihren Entschluß gefaßt. Es sei ihnen klar gewesen, daß sie, wenn sie nicht scheinbar auf die Forderungen Hitlers eingingen, keine Freiheit des Handelns mehr erlangt hätten, die allein es noch ermöglichen konnte, das schwerste Unglück zu vermeiden.

Die Folgen wären gewesen, daß Reichswehr und Landespolizei sowie weite Kreise vaterländisch Gesinnter völlig direktionslos den Proklamationen Hitlers ausgeliefert worden wären, und daß dann das Unglück des unausführbaren Marsches auf Berlin blind vor sich gegangen wäre. Dieser

Marsch nach Berlin wäre so ziemlich an der bayrischen Grenze erledigt geweten.

Was seine (Kahrs) Person anlangt, so wisse er, daß er alles, was er an Begeisterung und Jubel erfahren durfte, völlig verscherzt habe. Ausschlaggebend für einen deutschen Mann könne aber nur das sein, was das Wohl des Vaterlandes fordere, und wenn die ganze Persönlichkeit darüber zugrunde gehen müßte.

Nach Kahr sprach Wehrkreiskommandant v. Lossow, dessen Worte tiefen Eindruck machten. Er bezeichnete es als unerhört, daß die Truppe, die den gestrigen Tag mit weißer Weste überstanden habe, sich nun dafür anspucken lassen müsse vom Pöbel und von der irregeleiteten Masse. Er (Lossow) sei die letzten Wochen am tiefsten vertraut gewesen mit der drohenden Entwicklung, und er habe sich Mühe gegeben, Hitler in der Hand zu behalten, seine Bewegung zu sanieren, das Gute daran herauszuschälen und die Schlacken abzusondern, und vor allem Hitler selbst von Dummheiten abzuhalten.

Er habe Versprechungen erhalten, die gebrochen worden seien.

Mit dem Verführungsspiel der nationalen Armee, die brave nationale Jugend herauszulocken für selbstsüchtige Parteizwecke, sei

ein miserables Verbrechen

begangen worden.

Dieses Lockmittel der nationalen Armee sei für die Drahtzieher nur ein Mittel gewesen, ihren Anhang zu bezahlen, zu verpflegen und damit ganz in ihre Abhängigkeit zu bringen. Nicht um Krieg gegen Frankreich zu führen, sondern zu ganz anderen Zwecken seien diese braven Kinder, die Söhne von alten Generalen und Beamten, verführt worden. Er habe Ludendorff und Hitler mit aller Energie zu verstehen gegeben, daß die Reichswehr nicht hinter ihnen stehe, und habe erklärt, daß die Reichswehr gegen Ludendorff und Hitler sein werde, wenn solche Dinge gemacht würden.

In seinem Schlußworte wandte sich Generalstaatskommissar v. Kahr noch einmal gegen die systematische Verführung der Jugend.

Verzögerungsgefahr für die Rentenmark.

Buchdruckerstreik in Berlin. — v. Seekt verbietet den Streik in Notendruckereien. Streikgefahr im Bankgewerbe

Berlin, 10. Nov. Heute haben die Buchdrucker in fast allen Betrieben, vor allem aber in den mit der Herstellung von Banknoten beschäftigten Buchdruckereien und zum Teil auch in der Reichsdruckerei, die Arbeit eingestellt, weil ihre Forderung nach Goldlöhnen nur zum Teil erfüllt worden ist. Die Verhandlungen über **Goldmarktlohnung im Buchdruckgewerbe** gingen bereits über eine Woche. Am Freitag nachmittag wurde im Reichsarbeitsministerium ein **Schiedsspruch** gefällt, der den Buchdruckern für die vergangene Woche einen Lohn von 3½ Billionen Mark, für die kommende Woche einen Lohn von 25 Goldmark zubilligte. Der Schiedsspruch gab beiden Parteien auf, sich binnen drei Tagen über Annahme oder Ablehnung zu entscheiden. Innerhalb der Buchdruckergehilfen, wo man diesen Spruch als unannehmbar bezeichnete, zeigte sich nun spontan eine starke Streikneigung. Als gestern abend die Verhandlungskommission das Ergebnis der Entscheidung mitteilte, wurden in den Betrieben, die Nachtarbeit leisten, bereits Betriebsversammlungen abgehalten, in denen der Streik beschlossen wurde. In der Reichsdruckerei trat das Personal zwar heute morgen noch vollzählig zur Arbeit an, doch wurde sofort eine Versammlung abgehalten, in der gleichfalls

die Niederlegung der Arbeit beschlossen

wurde. Daraufhin setzte das Direktorium der Reichsdruckerei das Berliner Wehrkreiskommando von diesem Beschluß in Kenntnis. Der Inhaber der vollziehenden Gewalt, General v. Seeckt, hat darauf eine Verordnung erlassen, in welcher es heißt: 1. Die Arbeitsniederlegung in allen Anlagen und Betrieben zur Erzeugung von Banknoten, Wertzeichen und solchen Materialien, die zu ihrer Herstellung erforderlich sind, wird verboten. 2. Die Arbeitnehmer derartiger Betriebe, welche die Arbeit niedergelegt haben, fordere ich auf, die Arbeit am Montag den 12. November um 7 Uhr vormittags wieder aufzunehmen. 3. Zuwiderhandlungen werden — unabhängig von sofortiger Entlassung — gemäß § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 9. 23 bestraft.

Die Berliner Montagsblätter sind des Streikes wegen nicht erschienen.

*

Zugleich droht auch im **Bankgewerbe** die Gefahr eines Streiks, da auch hier die Angestellten es abgelehnt haben, länger mit Papiermark entlohnt zu werden. Bereits vorgenommene Abstimmungen über die Bereitwilligkeit zum Streik haben eine 80- bis 90prozentige Streikneigung unter den Angestellten festgestellt. Am gestrigen Nachmittag traten die Betriebsräte der Banken zusammen, um die allgemeine Streikabstimmung für den Montag festzusetzen. Es ist, wenn nicht von Reichs wegen eingegriffen wird, auch hier mit einer Arbeitsniederlegung zu rechnen, die bereits am kommenden Dienstag beginnen könnte. Inzwischen hat bereits der Deutsche Bankbeamtenverein einen Vermittlungsversuch beim Reichsverband der Deutschen Bankleitungen unternommen und ersucht, daß die Banken das Dreifache dessen nachzahlen, was den Angestellten am abgelaufenen Mittwoch ausgezahlt wurde. Bis jetzt liegt aber ein endgültiger Bescheid der Bankleitungen nicht vor.

Wichtige Ereignisse.

Der vormalige deutsche Kronprinz ist, nachdem er hierzu die Erlaubnis erhalten hat, nach Deutschland zurückgekehrt.

*

Amerika lehnt jetzt definitiv die Beteiligung an der Sachverständigenkonferenz ab, weil es Frankreichs Vorbehalten nicht zustimmen vermag.

*

General v. Seeckt hat ein Streikverbot für die in den Notendruckereien Beschäftigten erlassen.

Klarheit, Herr v. Kahr.

Ueber die Haltung v. Kahrs versucht der durch die Münchner Korrespondenz Hoffmann ausgegebene amtliche Bericht über den Hitlerputsch vom 9. November einigen, aber durchaus nicht vollständigen Aufschluß zu geben. Es heißt da:

Am 8. November nachmittags von 4 bis ½6 Uhr fand eine Besprechung zwischen Exz. v. Kahr, General v. Ludendorff, General v. Lossow und Oberst v. Seissen im Generalstabskommissariat statt. Bei dieser Besprechung wurde **Einheitlichkeit in bezug auf die erstrebenswerten Ziele** festgestellt, wenn auch General Ludendorff inbezug auf das **Tempo** drängte angesichts der großen Notlage, in der sich weite Kreise des deutschen Volkes befänden. Wenige Stunden später, gegen ½9 Uhr abends, geschah dann in der überfüllten Versammlung des Bürgerbräukellers, während v. Kahr seine angekündigte Rede hielt, der verbrecherische Ueberfall durch Hitler mit einem stark bewaffneten Anhang, wobei Kahr, Lossow und Seissen mit vorgehaltenem Revolver gezwungen wurden, an der Verwirklichung der von Hitler lange gehegten Pläne, nämlich der Aufstellung einer Rechtsdiktatur Hitler-Ludendorff mitzutun.

Die Darstellung, die Herr von Kahr selbst von dem Münchner Putsch und seiner Vorgeschichte gibt, läßt doch recht wichtige Punkte im Dunkeln. Danach sind nach nachmittags zwischen 4 und ½6 Uhr Kahr, Ludendorff und Lossow **völlig einig** gewesen über „die erstrebenswerten Ziele". **Was sind das für Ziele gewesen?** In Berlin hat es nicht an Kreisen gefehlt, die über diese Ziele sehr gut unterrichtet gewesen sein müssen. Aber die Masse der nichteingeweihten Deutschen möchte doch auch gern etwas über diese „Ziele" erfahren, die Hitler dann abends im Bürgerbräukeller auf seine Weise zu verwirklichen gedachte, was die Zuhörer nicht nur „mit einer gewissen Befriedigung" aufnahmen, wie Kahr behauptet, sondern mit brausendem Beifall und begeisterter Zustimmung, wie in einem Dutzend anderer Berichte zu lesen steht. Aber wenn auch über die „Ziele" Uebereinstimmung herrschte, so scheint man einander doch nicht recht übern Weg getraut zu haben. Daher drängte Ludendorff auf Beschleunigung des „Tempos" und Hitler „handelte". Das empfanden Kahr und Lossow als „verbrecherischen Ueberfall" und „brutale Vergewaltigung", und wenn sie sich dagegen mit allen Mitteln hinterlistiger Täuschung wehrten, so war das am Ende ihr gutes Recht. Nur — schön ist anders! Und ein leiser Zweifel will sich regen: ob die Kahr und Lossow genau ebenso gehandelt hätten, wenn sie nicht gewußt hätten, daß in Thüringen und Sachsen genügend Reichswehr zusammengezogen war, um den von Hitler angekündigten „Vormarsch auf Berlin" in die Zange zu nehmen? Es gibt doch zu denken, daß der „Treubänder des deutschen Volkes" es für geraten hielt, sich der jubelnden Versammlung im Bürgerbräu als „Statthalter der Monarchie" vorzustellen. War das notwendig, um Hitler und Ludendorff hin-